Die SPD als Helfershelfer der imperialistischen Kriegstreiber!

SPD-Presse steigert die Lügen- und Hetzkampagne gegen die Sowjetunion!

Die Volkszeitung bringt gestern an der Spitze ihrer Ausgabe **eine Meldung** der berüchtigten Lügenfabrik in Kowno über **angebliche Hungerkrawalle in Leningrad, wo Lebensmittelgeschäfte geplündert sein sollen.**

Der Zweck solcher Lügenmeldungen, die sich täglich häufen, liegt auf der Hand. Die Sowjetunion soll in den Augen der Werktätigen **heruntergesetzt, verächtlich gemacht werden,** damit die imperialistischen Räuber um so leichter ihre Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion treffen können. Die Art, wie die Volkszeitung die Tendenzmeldug aufmacht und der Kommentar, den sie daran knüpft, unterstreichen diese Absicht auffällig. Es heißt da:

„Diese Meldung, die von ernster Gärung im russischen Proletariat zeugt, kommt nicht überraschend. Die Teuerungswelle die sich als Folge des Fortschreitens der Inflation über Rußland wälzt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gewaltig herab. Die Löhne halten mit den Preisen nicht entfernt Schritt."

Alles Lüge und Verleumdung! Die „ernste Gärung im russischen Proletariat", „das Fortschreiten der Inflation", die „die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gewaltig herabdrückt", sind Erfindungen, die, wie die meisten der **antisowjetistischen Hetzlügen,** aus den Büros der antibolschewistischen Konterrevolutionäre Dan, Abramowitsch, Garwy und Kumpanei stammen.

Entgegen dieser Greuelmeldungen aus dem Arbeiter- und Bauernstaat können wir mit Stolz die Tatsache verzeichnen, daß die Löhne der sowjetrussischen Arbeiter in den letzten 11 Monaten um 16 Prozent durchschnittlich gestiegen sind.

Die Löhne in den wichtigsten Industriezweigen, wie z. B. in der Metallurgie, im Transport und Kohlenbergbau, sind im Jahre 1931 sogar um 25 bis 27 Prozent gestiegen. Die Löhne für alle Arbeiter erhöhen sich fortlaufend. So wird in allen Zweigen der Volkswirtschaft der durchschnittliche Arbeitslohn 1932 die Voranschläge des Fünfjahrplanes um 20 Prozent übertreffen.

Von einer Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die geringfügige Preissteigerung einiger weniger Lebensmittel und Bedarfsgegenstände **kann keine Rede sein, weil die Löhne im letzten Jahr weit höher gestiegen sind als die Preise.**

Deutlich gibt die Volkszeitung zu erkennen, was die Sowjetfeinde wünschen und wollen, indem sie am Schluß ihres Kommentars schreibt:

„Der Haß gegen die Fremden, die verhältnismäßig glänzend versorgt werden, während der Arbeiter hungert, wird immer stärker. Das Stalinsche Experiment am lebenden Körper des russischen Volkes ist an einer gefährlichen Grenze angelangt!"

„Haß gegen die Fremden", ein beliebtes Argument der Kriegsprovokateure. Wir kennen das von China her und hörten es bei dem Attentat auf den deutschen Botschaftsrat in Moskau!

Es ist kein Zufall, daß die Volkszeitung anschließend an ihre Lügenmeldung über die Hungerkrawalle in der Sowjetunion über eine Erklärung der „Auslandsvertretung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" d. h. der Menschewisten berichtet in der die Dan, Abramowitsch, Garwy, Schwarz und Kumpanei dagegen protestieren, daß ihnen das **Bürgerrecht in der Sowjetunion entzogen wurde.** Diese konterrevolutionäre Gesellschaft, die ihre schmutzigen Hände bei jedem Verbrechen und bei jeder Gemeinheit gegen das siegreiche russische Proletariat im Spiele hat, wagt es, in einer ebenso heuchlerischen wie verlogenen Weise gegen die unbedingt berechtigte und notwendige Maßnahme der Sowjetunion loszuziehen. Dieselben Dan und Abramowitsch, die es anläßlich des Prozesses gegen die Saboteure der sogenannten Industriepartei im vorigen Jahre trotz der Bitten ihrer Parteigenossen und der Zusicherung der ungehinderten Einreise **aus Feigheit abgelehnt haben, sich vor dem russischen Proletariat zu verantworten,** diese Dan und Abramowitsch wagen es heute, davon zu reden, daß man ihnen die Grenzen der Sowjetunion gesperrt habe und nennen das wilde Barbarei und Willkür.

Die klassenbewußten deutschen Arbeiter werden die Erklärung der menschewistischen Konterrevolutionäre und Kriegshetzer so bewerten, wie sie es verdient.

Das deutsche Proletariat bekundet seine Bereitschaft zum Kampf gegen die Kriegsverbrecher und zur Verteidigung der Sowjetunion durch Massenmobilisierung zum Antikriegstag am 6. April.

Hugenbergs gescheiterter Wahlblock

Der Führer der Harzburger Front, **Hugenberg,** hat der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, den Christlich-sozialen und der Landvolk-Partei, also Parteien des Hindenburg-Brüning-Blocks, die zum Teil schon offen für die Brüning-Regierung gestimmt haben, **den Vorschlag zu einem Wahlblock für die Preußenwahlen gemacht.** Die Parteien sollten **Listenverbindungen** mit den Deutschnationalen eingehen, ihre Reststimmen mit der deutschnationalen Liste vereinigen und die so gewählten Abgeordneten als Hospitanten der Deutschnationalen gelten lassen. Doch Hugenberg erhielt **eine Absage nach der andern.** Man beteuert wohl, daß man dasselbe wolle wie Hugenberg — woran wir noch keinen Augenblick gezweifelt haben —, aber es geht doch schließlich um Mandate und Posten, und da ist sich jeder selbst der Nächste.

Neue Kriegsmaterial-Transporte über Dresden

Geschlossene Waggons von den Skoda-Werken unterwegs nach Warschau . Kisten mit japanischer Aufschrift werden im Alberthafen verladen

(Arbeiterkorrespondenz)

Seit mehreren Tagen wird beobachtet, daß über Dresdner Bahnhöfe geschlossene Waggonladungen mit der Aufschrift: Skoda-Werke, Pilsen, nach Warschau rollen. Diese Wagen tragen durchweg die Klebezettel: „Vorsichtig rangieren!" Angeblich sollen sich Rotationsrollen in diesen Wagen befinden. In Priestewitz bei Großenhain sind dieselben Wagen beobachtet worden, die über Kottbus nach Warschau gehen.

Im Dresdner Albert-Hafen wurden vor einigen Tagen Kisten mit der Bezeichnung: „Glas" in nach Hamburg bestimmte Elbzillen verladen. Alle Kisten sind mit japanischen bzw. chinesischen Aufschriften versehen. Diese Lieferungen stammen unzweifelhaft aus der Tschechoslowakei, da beobachtet wurde, daß die betreffenden Waggons über Pirna nach dem Bahnhof Dresden-Friedrichstadt und von dort zum Umladen nach dem Albert-Hafen geleitet wurden.

In immer größerem Umfange stellen die Profithyänen ihre Betriebe auf Kriegsproduktion um. In immer steigenderem Maße ist die tschechische und deutsche Industrie an diesen Lieferungen und Transporten von Mordwerkzeugen an die ausländischen Imperialisten beteiligt. **Täglich rollen Züge, täglich fahren Schiffe mit Munition, Sprengstoffen und anderen Kriegsmaterialien** nach dem Fernen Osten, nach Polen, Finnland usw. Nur ein Bruchteil dieser Lieferungen konnte bisher in der kommunistischen Presse enthüllt werden.

Schon fordert die Presse der Schwerindustriellen das Verbot der KPD-Presse. Die Kriegstreiber wollen sich in ihren [illegible] gen Geschäften, die ungeheure Profite abwerfen, nicht [illegible] sen. Die Arbeiter, vor allem der Betriebe, in denen Kriegsmaterial hergestellt wird, die Transportarbeiter, die Eisenbahner, Binnenschiffer müssen **den Kampf gegen die Kriegsprofiteure und die Kriegstransporte sofort aufnehmen und mit dem Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen verbinden.** [illegible] kann am besten Sowjetrußland und Sowjetchina gegen die Interventionspläne der Imperialisten verteidigt und [illegible] eine Verbesserung der Lebenslage der deutschen Arbeiter herbeigeführt werden.

Rüstet in allen Betrieben, an allen Stempelstellen zum Antikriegstag am 6. März! Beschließt in Betriebs- und Stempelstellenversammlungen die geschlossene Teilnahme der Belegschaften und der Erwerbslosen an den Massenaktionen der Kommunistischen Partei! Schlagt die Kriegshetzerparolen der Nazis bis zur SPD, indem ihr am 10. April den Kandidaten der Arbeiterklasse, den Genossen Ernst Thälmann, wählt!

Stimmt am 17. April zum roten Volksentscheid für die Auflösung der KPD: Hinweg mit diesem Landtag! Hinweg mit der Schleicher-Regierung!

Die Partei macht mobil!

Wuchtige Reichstagung der führenden Funktionäre . Genosse Thälmann über unsere Kampfaufgaben im zweiten Präsidentenwahlgang und in den Preußenwahlen

Am 25. März fand in Berlin eine vom Zentralkomitee einberufene Arbeitskonferenz der KPD. statt, an der die Polleiter, Agitpropleiter und Chefredakteure aus allen Bezirken, sowie die wichtigsten Mitarbeiter des Zentralkomitees teilnahmen. Das Referat über die politischen Lehren des ersten Wahlganges der Reichspräsidentschaftswahl und die Aufgaben der Partei zu einem bevorstehenden zweiten Wahlgang sowie bei den Preußenwahlen und den übrigen Parlamentswahlen hielt Genosse Thälmann.

Genosse Thälmann beschäftigte sich mit dem Wahlergebnis vom 13. März, wobei er den Artikel der „Prawda" zum Ausgangspunkt seiner Analyse über das Wahlresultat nahm. Er wies darauf hin, daß ein Vergleich zwischen den Präsidentschaftswahlen und allgemeinen Parlamentswahlen, wie z. B. den Reichstagswahlen unmöglich sei, da bei einer Präsidentschaftswahl vom kommunistischen Wähler ein viel höheres Klassenbewußtsein erfordert werde. Unter diesem Gesichtspunkt sind die fünf Millionen Stimmen für die Kampfkandidatur der KPD. beim ersten Wahlgang als großer Erfolg zu bezeichnen. Nichtsdestoweniger kann das Wahlergebnis, wenn man es an den objektiven Voraussetzungen messe, nicht befriedigen.

Bei einer genügenden Verschärfung des prinzipiellen Kampfes gegen die SPD., bei einer kühneren Anwendung der Einheitsfrontpolitik, bei einer Verbesserung unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und unserer Streikrüstung und bei der Ueberwindung der allgemeinen Schwächen der Partei auf den Gebieten der Betriebs- und Erwerbslosenarbeit, der RGO.- und innergewerkschaftlichen Arbeit hätte der Radius der von der Partei mobilisierten Massen noch bedeutend erweitert werden können. Die wichtigste Konsequenz aus dem Wahlergebnis ist deshalb die Anspannung aller Kräfte zur Durchführung der Beschlüsse des Februarplenums des Zentralkomitees, die der Ueberwindung der vorhandenen Schwächen, Mängel und Fehler und der Verbesserung der revolutionären Massenarbeit der Partei gelten.

Genosse Thälmann wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die die Partei überwinden müsse, um beim zweiten Wahlgang die Positionen vom 13. März zu verteidigen und weiterzumarschieren. Dies ist nur möglich bei einer außerordentlichen Verstärkung der außerparlamentarischen Massenmobilisierung und der klaren Herausarbeitung der Bedeutung unserer Klassenkandidatur als einer Kampfkandidatur, der entschlossenen Organisierung und Führung der Streiks gegen Lohnabbau, um höhere Löhne sowie des Kampfes der Arbeitslosen gegen Unterstützungsabbau, [illegible] ihre Forderungen.

In den Mittelpunkt der gesamten Kampagne muß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion gestellt werden. Es ist eine Ehrenpflicht der Partei, daß wir über die bisherige bloße Entdeckungskampagne gegenüber Kriegsrüstungen und Kriegslieferungen sowie Transporten zu wirklichen Aktionen und Kampfmaßnahmen, zu Streiks usw. gelangen, die der praktischen Verhinderung dieser Kriegsvorbereitungen dienen. Auf diesem Gebiet sind bisher die größten Schwächen zu verzeichnen.

Der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen muß mit verschärftem Kampf gegen den sozialdemokratischen Betrug am „kleineren Uebels", gegen die heuchlerische Demagogie der SAP., der Brandlerianer und Trotzkisten, aller dieser „Linken" Flügel der Sozialdemokratie, die einen untreubaren Bestandteil des Sozialfaschismus darstellen, geführt werden.

Er muß im gesteigerten Kampf zur Entlarvung der nationalsozialistischen Demagogie geführt werden, wobei die Partei breitester Aufklärungskampagne die scheinrevolutionären Stimmungen bestimmter Schichten der Erwerbslosen bekämpfen muß, wonach eine Wahl Hitlers eine Beschleunigung des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems künstlich herbeiführen könne. Solche Tendenzen sind äußerst gefährlich vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes.

Die Massenmobilisierung für die Kampfdiktatur der Partei und des revolutionären Proletariats beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen ist zugleich ein Auftakt für die Preußenwahlen und die übrigen Parlamentswahlen in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt, auf die die Partei das Hauptgewicht legen muß. Die Massenmobilisierung zum 10. April ist somit eine außerordentlich wichtige Etappe auf dem Wege zum 24. April zu den Preußenwahlen und übrigen Parlamentswahlen.

Die gesamte K[illegible]ag, die sodann noch besondere Referate über die Aufgaben [illegible] Agitation und Propaganda und [illegible] der Parteipresse entgegennahm, war getragen von entschlossener offensiver Kampfstimmung der gesamten Partei in allen Bezirken. Die Konferenz bildet somit den Ausgangspunkt für die intensive parteiliche Massenmobilisierung der gesamten Parteimitgliedschaft und der Sympathisierenden, um auf der Linie der Beschlüsse des Zentralkomitees kühn und offensiv die Massen in diesen Kampagnen zu mobilisieren und vorwärts zu führen.

Brüning kürzt Wohlfahrtszuschüsse

Für Wohlfahrtserwerbslose ist kein Geld da, aber Millionen für bankrotte Banken! Bekennt euch zum proletarischen Klassenkampf . Wählt am 10. April Ernst Thälmann und stimmt am 17. April für den roten Volksentscheid!

Der Reichspräsident Hindenburg hat gestern eine neue Notverordnung zur Regelung der Reichsausgaben erlassen. Darnach dürfen in den beiden ersten Vierteljahren 1932 die Ausgaben des Reiches nur jeweils ein Fünftel der Ausgaben von 1931 betragen.

Besonders einschneidend ist die Senkung der Reichszuschüsse für die Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden. Der bisherige Reichszuschuß wird für die Monate April bis Juni um monatlich 10 Millionen gesenkt.

Diese Maßnahme ist besonders schwerwiegend, weil zweifellos die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den nächsten Monaten noch weiter zunehmen wird. Selbst wenn aus Gründen der Saisonarbeit — die Erwerbslosenzahl zurückgeht, wird die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen stabil bleiben bzw. steigen, weil durch die lange Dauer der Erwerbslosigkeit die Ansprüche ständig zunehmen.

Die Kürzung der Reichszuschüsse bedeutet, daß die Gemeinden **die Wohlfahrtsunterstützung stark abbauen werden,** wie es in Berlin ja ab 1. April schon der Fall ist. Darum müssen die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zum Kampf gegen diese Maßnahmen der Brüningregierung organisieren und ihren Kampfwillen zum **Hungermarsch der Erwerbslosen** in Sachsen am 15. April machtvoll zum Ausdruck bringen.

In Berlin kam es dieser Tage zu großen Protestbewegungen der Erwerbslosen in den Räumen des Wohlfahrtsamtes Neukölln. Mit ihren Forderungen abgewiesene Erwerbslose führten auf dem Hof des Wohlfahrtsamtes eine Kundgebung durch, an der sich über 500 Erwerbslose beteiligten. Sprechchöre gegen den

Naziterror in Berliner Arbeitervierteln

Arbeiter vertreiben die Nazibanditen . Ein Arbeiter durch Brustschuß schwer verletzt

Berlin, 1. April 1932 (Eig. Drahtb.)

Im Arbeiterviertel von Berlin-Charlottenburg erschienen gestern abend gegen 8 Uhr etwa 30 stark bewaffnete Nazis, die alle auf der Straße befindlichen Arbeiter terrorisierten. Aehnliche Rempeleien hatte es schon am vergangenen Dienstag und Mittwoch gegeben. Nach wenigen Minuten des Naziterrors sammelten sich über 100 Arbeiter, die die Nazis im schnellsten Tempo aus dem Arbeiterviertel hinausgetrieben. Plötzlich machte die Nazigesellschaft halt. Einige Nazis knieten in Schußstellung nieder und schossen aus Mehrladepistolen. Ein Arbeiter wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt. Kurz nach der Schießerei erschien die Polizei, die sich jedoch nach bis jetzt vorliegenden Meldungen darauf beschränkte, die empörten Arbeiter von den flüchtenden Nazis abzuhalten.

Nazis mobilisieren gegen Landarbeiter

Nach bürgerlichen Pressemeldungen werden SA.-Formationen in Schlesien zusammengezogen. Es wird gemeldet, daß in Kleitendorf im Kreise Breslau-Land sowie in Leubusch und Großneudorf im Kreise Brieg SA.-Kolonnen auf Fahrrädern und Lastautos in Marsch gesetzt sein sollen. Auf dem Gut des **Grafen York von Wartenburg** im Kreise Oels, wo auch **Besitzungen des ehemaligen Kronprinzen** liegen, sollen die SA.-Mannschaften, die uniformiert sind, ausgebildet werden. Da den Landarbeitern in Schlesien wiederum der Lohn abgebaut werden soll, hat die Hitlerpartei ihre SA.-Mannschaften nach dort konzentriert, um bei eventuellen Landarbeiterstreiks ihre Streikbrechergarden einzusetzen.